

// STELLUNGNAHME //

zum Entwurf der Richtlinie „Ökonomische Bildung an allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz“

Schreiben des BM vom 09.02.2017

Die Neufassung der Richtlinie verfolgt den sinnvollen Ansatz, die Schüler*innen ökonomisch fundierte Entscheidungs- und Handlungskompetenzen zu vermitteln.

Wir halten es für richtig, dass auf den „Beutelsbacher Konsens“ Bezug genommen wird (S. 11), so wie er als Orientierung für die politische Bildung insgesamt immer noch gilt.

Allerdings erscheint uns allein der Hinweis auf die im Beutelsbacher Konsens verankerten Prinzipien (Überwältigungsverbot, Kontroversität, Schülerorientierung) als zu schwach und die Prinzipien müssen vom Bildungsministerium klarer vorgegeben werden. Weite Teile der inhaltlichen und konzeptionellen Gestaltung der Richtlinie lassen eine Problemorientierung vermissen und erfüllen somit nicht den Anspruch der Kontroversität.

So fehlt z. B. bei den Anforderungssituationen (S. 9/10) Wesentliches:

- als Verbraucher*in eine kritische Bewertung der Rolle des Staates vorzunehmen
- als Arbeitnehmer*in Inhalte von Tarifverträgen zu kennen und bei der Arbeitsvertragsgestaltung zu nutzen
- als Wirtschaftsbürger*in die Festlegungen im Sozialsystem zu hinterfragen und im europäischen Rahmen zu vergleichen

Die wirtschaftliche Rolle „Arbeitnehmer*in“ wird stark verkürzt wiedergegeben und berührt die Bereiche „Tarifautonomie“ sowie „betriebliche Interessenvertretung“ nicht (S. 5-7, S.21).

In diesem Sinne müsste die Richtlinie dringend überarbeitet werden. Die Betonung der unter 2.2 genannten „Entrepreneurship Education“ (S. 6) als Kernkompetenz unternehmerischen Denkens und Handelns kann bestimmte Rückschlüsse zulassen.

Die Orientierung auf die benannten Kompetenzen (S. 11) sehen wir als konstruktiv an, jedoch bleibt das Kompetenzmodell auf Seite 5 (ohne Quellenangabe!) weit dahinter zurück.

Für die geforderte Implementierung wird nicht erwähnt, welche Ressourcen den Schulen dafür zur Verfügung gestellt werden sollen. Die GEW fordert sowohl eine Stärkung der ökonomischen Bildung als Querschnittsaufgabe als auch eine Stärkung des Faches Sozialkunde mit einer deutlichen Verankerung des Themas Wirtschaft. Ein Anliegen des Landes müsste es zudem sein, passgenaue Fortbildungen im Bereich der ökonomischen Bildung anzubieten.

Mainz, 17.03.2017